

DR. ANDREAS STARIBACHER
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

WIEN, DEN 11. Dezember 1995

GZ. 11 0502/373-Pr.2/95

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

XIX. GP.-NR
1999/AB
1995 -12- 12

ZU

2069/J

Parlament
1017 Wien

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Mag. Franz Steindl und Genossen vom 13. Oktober 1995, Nr. 2069/J, betreffend Änderung der katastrophalen Zustände an der burgenländischen Grenze, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 3.:

Derzeit konzentriert die Zollverwaltung ihre Maßnahmen im Rahmen der budgetären Möglichkeiten insbesondere auf den technischen Sektor. Es sind die Voraussetzungen für das auf den gesamten EU-Raum ausgelegte Informationsnetz - Zollinformationssystem "ZIS" - zu schaffen. Dieses bildet die Grundlage für die effiziente Überwachung des Warenverkehrs innerhalb und über die Grenzen der EU sowie die Bekämpfung von Zollzuwiderhandlungen.

Was den Aus- bzw. Umbau des Zollamtes Klingenbach anbelangt, wurden seitens der Burgenländischen Landesregierung bereits Pläne ausgearbeitet. Mit den Um- bzw. Neubauten wird sofort nach Beendigung der erforderlichen Grundablösen begonnen werden.

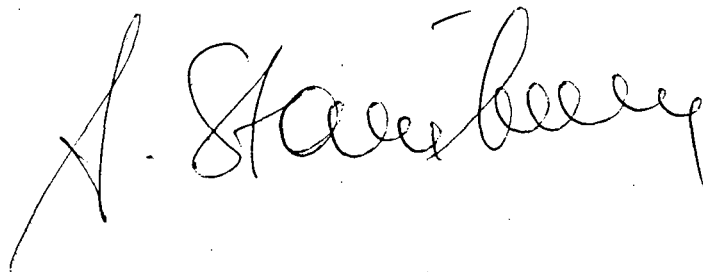
Zu 4.:

Die durch die "Ostöffnung" notwendig gewordene Personalaufstockung bei den Zollstellen an der EU-Außengrenze erfolgte seit 1991 schrittweise durch die Verlagerung von Planstellen aus dem Westen Österreichs. Für die trotzdem bestehende

- 2 -

derzeitige Personalknappheit sind der erhöhte Aus- und Fortbildungsbedarf in entsprechenden Schulungskursen sowie der Abgang von Bediensteten zum Grenzdienst der Bundesgendarmerie ursächlich. Eine weitere Personalaufstockung kann nur im Rahmen der budgetären Möglichkeiten und unter Beachtung der zwingenden Einsparungsmaßnahmen erfolgen.

Anlage

A handwritten signature in black ink, appearing to read "A. Stauder". The signature is written in a cursive style with a large initial "A" and a long, sweeping underline.

BEILAGE

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Franz Steindl
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Änderung der katastrophalen Zustände an der burgenländischen Grenze

Durch das Schengener Abkommen, das in zwei Jahren in Kraft treten soll, sind bestimmte Auflagen zu erfüllen.

Der Grenz- und Zollübergang Klingenbach ist von diesem Abkommen betroffen, da er die Außengrenze der EU in Richtung Ungarn repräsentiert.

Bei einem Lokalausweis mußte festgestellt werden, daß die Beamten unter ungünstigen Bedingungen ihrer Arbeit nachgehen.

Der Mangel an Räumlichkeiten, Personal und ausreichender Infrastruktur erfordert einen noch angespannteren Einsatz.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

ANFRAGE

- 1) Da die Bestimmungen des Schengener Abkommens zu erfüllen sind, welche Maßnahmen werden gesetzt, um ein angenehmeres Arbeitsumfeld zu schaffen?
- 2) In welcher Form können Sie sich eine Verbesserung vorstellen?
- 3) Wann können diverse Umbauten, Verbesserungen, Errichtungen von größeren Einrichtungen, bessere Infrastruktur, etc. in Angriff genommen werden können?
- 4) Wären sie bereit, eine Personalaufstockung in Anbetracht des derzeitigen Mangels an Personal durchzuführen?